



Parlamentssitzung 13. Februar 2012

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall
19.00 – 21.45 Uhr

Vorsitz Annemarie Berlinger-Staub (SP)

Anwesend	Bernhard Bichsel (FDP)	Ruedi Lüthi (SP)
	Adrian Burkhalter (SVP)	Anna Mäder (SP)
	Christian Burren (parteilos)	Urs Maibach (Grüne)
	Heidi Eberhard (FDP)	Hans Moser (SVP)
	Mario Fedeli (SP)	Anita Moser Herren (FDP)
	Liz Fischli-Giesser (Grüne)	Heinz Nacht (SVP)
	Thomas Frey (BDP)	Hansueli Pestalozzi (Grüne)
	Martin Graber (SP)	Jan Remund (Grüne)
	Philippe Guéra (BDP)	Christian Roth (SP)
	Hermann Gysel (EVP)	Elisabeth Rügsegger (SVP)
	Beat Haari (FDP)	Christoph Salzmann (SP)
	Niklaus Hofer (SVP)	Ronald Sonderegger (FDP)
	Franziska Keller (BDP)	Hugo Staub (SP)
	Erica Kobel-Itten (FDP)	Barbara Thür (GLP)
	Hanspeter Kohler (FDP)	Thomas Verdun (SVP)
	Verena Koshy (CVP)	Markus Willi (SP)
	Andreas Lanz (BDP)	Ulrich Witschi (BDP)
	Stefan Lehmann (SVP)	Bernhard Zaugg (EVP)
	Patrik Locher (EVP)	

Entschuldigt Stephie Staub-Muheim (SP)

Gemeinderat	Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident	Katrin Sedlmayer (SP)
	Ueli Studer (SVP), Vizepräsident	Urs Wilk (FDP)
	Rita Haudenschild (Grüne)	

Sekretärin Verena Remund

Protokoll Ruth Spahr

Inhaltsverzeichnis

1.	Protokoll der Parlamentssitzung vom 20. Januar 2012	15
2.	Kommissionsersatzwahlen.....	16
3.	Wasserversorgung Wabern - Netzverbindung WV Köniz- Wasserverbund Region Bern AG	16
4.	Wasserleitungsersatz Spiegel, Weidli	19
5.	1110 Motion (BDP Köniz) "Ausreichende Parkierungsmöglichkeiten in der Umgebung des Schlossareals"	23
6.	0918 Postulat (SP) "Hundert neue, günstige Wohnungen"	25
7.	0921 Postulat (SP) "Organischen Abfall zur Energiegewinnung einsammeln?"	28
8.	0933 Postulat (jfk) "Glasfasernetz Köniz"	30
9.	Verschiedenes.....	32

Begrüssung

Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub: Ich begrüsse alle Anwesenden herzlich zur Februar-Parlamentssitzung.

Es sind 38 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub: Die Sitzungsakten sind Ihnen am 19. Januar 2012 zugestellt worden. Das Protokoll der Sitzung vom 20. Januar 2012 ist am 2. Februar 2012 versandt worden.

Die GPK hat an ihrer letzten Sitzung die zuständigen Direktionsreferenten neu bestimmt:

Direktion		Hauptreferent/in	Stellvertreter/in
DPF (Direktion Präsidiales und Finanzen)		Barbara Thür	Heinz Nacht
DPV (Direktion Planung und Verkehr)	Verkehr	Hansueli Pestalozzi	Erica Kobel-Itten
	Planung, Bauinspektorat	Erica Kobel-Itten	Hansueli Pestalozzi
DBS (Direktion Bildung und Soziales)		Christian Roth	Christoph Salzmann
DSL (Direktion Sicherheit und Liegenschaften)		Christoph Salzmann	Christian Roth
DUB (Direktion Umwelt und Betriebe)		Heinz Nacht	Barbara Thür

Traktandenliste

Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub: In Traktandum 2 ist eine Ersatzwahl in die nichtständige Kommission Tramprojekte vorzunehmen. An der letzten Parlamentssitzung wurde die Beratung der Motion 1110 "Ausreichende Parkierungsmöglichkeiten in der Umgebung des Schlossareals" auf die heutige Sitzung verschoben. Ich beantrage, diesen Vorstoss als Traktandum 5 nach den Gemeinderatsgeschäften zu beraten. Auf der aktualisierten Traktandenliste vom 23. Januar 2012 ist der Vorstoss am Schluss aufgeführt. In meinen Augen ist es jedoch richtig, verschobene Traktanden so rasch als möglich zu beraten.

Die Traktandenliste wird mit der obgenannten Änderung genehmigt.

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 20. Januar 2012 (Nachversand)

Liz Fischli (Grüne): Auf Seite 9 ist in meinem Votum folgender Satz zu korrigieren: "Wie Sie alle im Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision und mit der Tramlinienverlängerung nach Kleinwabern den Unterlagen entnehmen können, ist in Wabern eine ZöN (Zone für öffentliche Nutzung) oberhalb des Bundesamtes für Metrologie vorgesehen" wie folgt zu ändern: *"Wie Sie alle im Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision und mit der Tramlinienverlängerung nach Kleinwabern den Unterlagen entnehmen können, besteht in Wabern eine ZöN (Zone für öffentliche Nutzung) oberhalb des Bundesamtes für Metrologie."*

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 20. Januar 2012 wird mit der obgenannten Änderung genehmigt.

2. Kommissionersatzwahlen

Ersatzwahl nichtständige Kommission Tramprojekte

Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub: Barbara Thür (GLP) ist neu Mitglied der GPK und tritt deshalb aus der nichtständigen Kommission Tramprojekte zurück. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion schlägt Ihnen als Ersatz Verena Koshy (CVP) zur Wahl vor.

Wahl

Die Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub erklärt Verena Koshy als gewählt in die nichtständige Kommission Tramprojekte für die laufende Amtsdauer bis 31. Dezember 2013.

3. Wasserversorgung Wabern - Netzverbindung WV Köniz-Wasserverbund Region Bern AG

Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe

Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub: Mit den Sitzungsakten ist Ihnen der Bericht und Antrag des Gemeinderats zugestellt worden. Wir beraten wie folgt: Nach dem GPK-Referenten folgen die Fraktionsvoten, die Einzelvoten und zum Schluss die Abstimmung.

GPK-Referent Andreas Lanz (BDP): Die Wasserversorgung Köniz kann die Wasserversorgung für die Gemeinde Köniz jederzeit ausreichend gewährleisten. Damit allfällige Ausfälle einzelner Komponenten während einer bestimmten Zeit überbrückt werden können, sind genügend Reserven vorhanden. Wenn solche Ausfälle jedoch längere Zeit andauern würden – der Ausfall einer Grundwasserfassung über längere Zeit – könnte die Wasserversorgung Köniz an ihre Grenzen stossen. Das war 1999 der Fall, als die Wasserfassung Selhofen während Monaten aufgrund des damaligen Hochwassers während Monaten ausser Betrieb war. Die Wasserversorgung Köniz konnte den Betrieb zwar sicherstellen, jedoch eher knapp.

Für die Verbesserung der Versorgungssicherheit bietet das vorliegende Geschäft eine kostengünstige Lösung; einerseits für die Gemeinde Köniz, andererseits aber auch für den Wasserverbund Region Bern (WVRB). Der geplante Netzzusammenschluss wird nicht nur in Notfällen zum Zuge kommen, sondern er kann auch bei der Revision von Anlagen genutzt werden, z. B. bei der Revision der Wasserfassung Selhofen. Bestehend an der Lösung ist die Tatsache, dass die Realisierung des Wasserverbunds ohne den Einbau von wartungsintensiven Anlagenteilen, wie z. B. Pumpen, möglich ist. Solche Teile neigen zu Stillstands Schäden und sind unter Umständen am Tag X nicht einsetzbar. Allfällige Schäden an diesen Anlagenteilen könnten zwar mit Wartungsmassnahmen verhindert werden, diese sind jedoch kostenintensiv. Aus diesem Grund ist die vorgesehene Lösung sehr gut.

Zum Sachverhalt: Ein wichtiger Aspekt des Projekts ist die anstehende Konzessionserneuerung des Pumpwerks Selhofen. Hier besteht ein grundsätzlicher Zielkonflikt: Einerseits besteht der Auenschutz, andererseits die Wasserversorgung und beide sind wichtig. Die Verbindung des Wassernetzes Köniz mit der WVRB wertet die Wasserversorgung auf, da es sich nach der Verbindung um eine überregionale Anlage handelt. Damit kann die Erneuerung der Konzession nachhaltig sichergestellt werden.

Zur Nachhaltigkeit: Eine Nachhaltigkeitsprüfung liegt vor. Eine Bemerkung dazu: Die Nachhaltigkeitsprüfung wurde im Vergleich mit einer anderen Lösung ausgearbeitet, mit welcher dieselbe Versorgungssicherheit erreicht werden kann, d. h. nicht mit dem Ist-Zustand. Da mit der vorgeschlagenen Lösung nur kurze Leitungswege und keine grossen Installationen nötig sind, schneidet sie in diesem Vergleich sehr gut ab. Mir scheint die Nachhaltigkeitsprüfung sinnvoll und plausibel.

Zu den Finanzen: Dank den günstigen örtlichen Gegebenheiten kann das Projekt mit Kosten von 435'000 Franken verhältnismässig kostengünstig realisiert werden. Die Kosten werden zudem über die Spezialfinanzierung abgerechnet.

Da in diesem Projekt die Wasserversorgung Köniz als auch der WVRB involviert sind, müssen ihm beide Parteien zustimmen. Der Verwaltungsratsausschuss des WVRB hält morgen eine Sitzung ab, an welchem der Kredit beraten wird. Wir gehen davon aus, dass diesem zugestimmt wird.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen

Ich gebe hier die Stellungnahme der BDP-Fraktion bekannt: Die BDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für das vorbildlich und sorgfältig vorbereitete Geschäft. Wasser ist ein öffentliches Gut und es soll öffentlich bleiben. Wir unterstützen einstimmig die regionale Zusammenarbeit und die nachhaltige Verbesserung der Versorgungssicherheit für Köniz und der ganzen Region Bern. Die BDP-Fraktion wird dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP): Die CVP/EVP/GLP-Fraktion beurteilt das vorliegende Geschäft sehr positiv. Es ist in unseren Augen sehr sinnvoll, Reserven zusammenzulegen, damit schlussendlich eine bessere Verfügbarkeit wie auch eine höhere Flexibilität erreicht werden können. Im Wasserlieferungsvertrag ist in Punkt 1.4 festgehalten: "Ein entsprechendes Bewirtschaftungsreglement wird durch die Parteien spätestens nach dem Erstellen der Verbindungsleitung ausgearbeitet." Vor der Investition von Mitteln sollten meines Erachtens jedoch zuerst die juristischen Fragen geklärt sein. Deshalb meine Frage: Will man mit diesem Bewirtschaftungsreglement wirklich warten, bis alles realisiert ist?
Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Fraktionssprecher Beat Haari (FDP): Auf den ersten Blick kann man sich fragen, ob ein Verbund der beiden Wasserversorgungen notwendig ist, wenn doch beide die vom AWA (Amt für Wasser und Abfall) geforderte Versorgungssicherheit selbstständig abdecken und beide über nicht unerhebliche Kapazitätsreserven verfügen. Ja, es braucht sie. Gerade in ausserordentlichen Situationen, wie z. B. bei Hochwasser, wenn die Filterwirkungen durch den natürlichen Boden nicht mehr funktionieren oder bei anderen Verunreinigungen der Wasserfassungen oder bei grösseren Sanierungsarbeiten an Pumpwerken, ist man froh, auf zusätzliche Reserven zurückgreifen zu können. Wasser ist nicht nur eines der wichtigsten Grundnahrungsmittel, sondern ist auch Voraussetzung für die Hygiene und damit für die Gesundheit. Aus diesem Grund muss alles dafür unternommen werden, dass die Versorgung mit diesem kostbaren Gut auch in Ausnahmefällen sichergestellt ist. Vor allem dann wenn eine Verbindung von zwei Wasserversorgungen auf so einfache und kostengünstige Art und Weise – wie hier vorliegend – realisiert werden kann.

Für die FDP-Fraktion ist das Anliegen der beiden Wasserversorgungen nachvollziehbar. Wir erachten diesen Netzverbund im Zusammenhang mit der Versorgungssicherheit als weitsichtig und nachhaltig. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zustimmen. Wir gehen allerdings davon aus, dass die Netzverbindung nicht als Grundstein für einen schleichenden Prozess zur Einbindung der Wasserversorgung Köniz in den WVRB zu verstehen ist. Die Unabhängigkeit der Wasserversorgung Köniz ist uns sehr wichtig.

Fraktionssprecher Adrian Burkhalter (SVP): Der Bericht des Gemeinderats ist in den Augen der SVP-Fraktion sehr gut abgefasst. Als sehr gut betrachten wir die Lösung, dass die bestehenden Leitungen, Pumpen und Gebäude in die neue Leitung integriert werden können. Damit werden die Kosten für den Unterhalt der Leitungen möglichst tief gehalten. Weiter sind wir froh, dass damit die Wasserversorgung der Gemeinde Köniz gesichert wird.
Die SVP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Fraktionssprecher Christian Roth (SP): Die SP-Fraktion hat das vorliegende Geschäft vor allem anhand der zwei Kriterien "Stärkung der Könizer Wasserversorgung" und "regionale Solidarität" geprüft. Die Könizer Wasserversorgung ist derzeit eine Insel in der Wasserversorgungslandschaft der Region Bern. Das genügt im Normalfall; die Schönwettervariante ist damit abgedeckt. Wie das Hochwasser von 1999 aufzeigte, kann die Schlechtwettervariante aber heikel sein. Das damals weiträumige Hochwasser zog den Selhofen-Zopfen in Mitleidenschaft und die Könizer Haushalte mussten ohne dieses Wasser auskommen, was aber kein Problem war. Gemäss unserem Wissen wurde damals eine einseitige und teure Wasserabnahmemöglichkeit aus dem Stadtberner Wasserversorgungsnetz geschaffen. In unseren Augen gilt es nun, die Wasserversorgung Köniz für solche Vorfälle fit zu machen. Es ist richtig, die Möglichkeit der Wasserabnahme definitiv und zu guten Konditionen zu schaffen. Das stärkt unsere Wasserversorgung für die kommenden Jahrzehnte und macht sie attraktiv. Das Gleiche ist aber auch im umgekehrten Fall gültig. Die Gemeinde Köniz kann derzeit kein Wasser an den WVRB abgeben, obschon wir im Normalbetrieb über erhebliche Kapazitätsreserven verfügen. Das ist in unseren Augen ein "Tolgggen im Reinheft". Mit der neuen Netzverbindung kann die Gemeinde Köniz nun Gegenrecht geben und damit ihre regionale Solidarität zeigen. Zudem ermöglicht das

gegenseitige Wasserbezugsrecht gleich lange Spiesse betreffend Bezugskonditionen. Die Gemeinde Köniz wird mit dem neuen Vertragsrecht nicht mehr "gemolken", wenn sie Wasser aus dem WVRB beziehen will. Ob die Könizer Kühe allerdings auf die Netzverbindung angewiesen sind, haben wir den anderen Parteien zur Prüfung überlassen. Wir müssen darauf achten, dass die Gemeinde Köniz ihre Verhandlungsposition in Bezug auf die Konzessionserneuerung der Wasserfassung Selhofen stärkt. Indem die Gemeinde Köniz ihr Wasser nicht hortet, sondern bereitwillig an die Region weitergibt, senden wir ein deutliches Signal an die Region. Die Gemeinde Köniz versteht sich als wichtiger Player in der Wasserversorgung der Region Bern und bindet sich deshalb konsequenterweise auch stärker in den Verbund ein. Die SP-Fraktion wird dem beantragten Kredit einstimmig zustimmen.

Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne): Das vorliegende Geschäft steht für uns Grüne unter dem Motto: "Gemeinsam sind wir sicherer". Wir Grünen sind froh, dass nach sehr langer Zeit die Einsicht auf beiden Seiten gewachsen ist, dass die beiden unabhängigen Systeme zu verbinden sind und dies zu fairen Bedingungen. Es handelt sich hier um eine klassische Win-Win-Situation. Die Stadt Bern muss in nächster Zeit ihre Quelle sanieren und ist deshalb auf zusätzliches Wasser aus der Gemeinde Köniz angewiesen. Die Gemeinde Köniz – falls wir die Konzession im Selhofen-Zopfen erhalten und mit dem vorliegenden Projekt wachsen diese Chancen – muss die Wasserfassung Selhofen sanieren und ist dann auf Wasser aus Bern angewiesen. Aber auch für ausserordentliche Ereignisse ist die Verbindung sehr wichtig. Was passiert z. B. wenn im Flughafen Belp ein Unfall passiert und grosse Mengen an Öl auslaufen? Im Rahmen des Klimawandels ist mit zunehmenden Extremereignissen zu rechnen. Mit dem vorliegenden Projekt sind wir dagegen geschützt. Wir begrüssen auch, dass keine zusätzlichen Pumpen für die Umleitung des Wassers notwendig sind.

Bis anhin ist nur gelobt worden, wir bringen aber einen Wermutstropfen ein: Die Kostenschätzung des Projekts beruht zum kleineren Teil auf Offerten, zum grösseren Teil besteht sie aus Kostenschätzungen des Ingenieurs +/- 10 Prozent und offenbar ist der Ingenieur haftbar für allfällige Kostenüberschreitungen. Aus diesem Grund ist es logisch, wenn die Kostenschätzung eher grosszügig ausfällt. Der eher grosszügige Kostenrahmen des Ingenieurs ist im Internet für alle Mitbewerber ersichtlich. Alle betroffenen Stellen halten fest, dass der Markt in diesem Bereich funktioniert. Dem muss ich zustimmen, viele Projekte im Wasserbereich können häufig deutlich unter dem Budgetrahmen abgeschlossen werden. Jetzt kommt das grosse "aber": Immer wieder werden Kostenabsprachen aufgedeckt. Wir Grünen sind der Meinung, dass aus diesen Gründen die beantragten Kredite im Parlament wenn immer möglich auf Offerten beruhen sollten. Damit werden die Unternehmen nicht in Versuchung geführt und die Offertrunde kann vor der Beratung im Parlament stattfinden.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Zuerst danke ich für die gute Aufnahme dieses sehr wichtigen Geschäfts. Herzlich danken möchte ich vor allem Andreas Lanz, den wir in der DUB als GPK-Referenten sehr geschätzt haben. Er bereitete die Geschäfte immer sehr sorgfältig vor, zeigte grosses Interesse und führte das Parlament immer ausgezeichnet in die Geschäfte der DUB ein.

Ich halte hier nochmals fest, dass es sich um ein sehr wichtiges Projekt der Gemeinde Köniz handelt. Es geht um die Ressource Wasser, die neben der Luft unsere lebenswichtigste Ressource ist. Dass diese breit abgestützt wird, ist sehr wichtig. Mit dem vorliegenden Projekt, die Wasserversorgung Köniz mit dem WVRB zusammenzuschliessen, wird der erste Schritt in diese Richtung getan. Seit dem Sommer 2012 befinden wir uns in intensiven Gesprächen und Abklärungen, wo Synergien möglich sind. Zugleich sind wir daran, eine Studie auszuarbeiten, die die gesamte Wasserversorgung betrachtet. Eventuell zeigen sich damit weitere Synergien. Die Resultate dieser Studie werden im Frühling 2012 bekannt sein.

Zu den Fragen: Hermann Gysel fragte, weshalb das Bewirtschaftungsreglement erst nach der Realisierung des Geschäfts ausgearbeitet wird. Im Bewirtschaftungsreglement werden rein technische Fragen geregelt, d. h. keine rechtlichen und deshalb wird dieses Reglement erst nach der Genehmigung des Kredits ausgearbeitet. Die rechtlichen Fragen sind im Vertrag geregelt.

Zu Beat Haari und seinem Wunsch nach Unabhängigkeit: Ressourcen sollten – wie ich erwähnt habe – breit abgestützt werden. Die Unabhängigkeit ist mit dem vorliegenden Projekt nicht gefährdet. Die Wasserversorgung Köniz versorgt die Gemeinde Kehrsatz mit, sie richtet sich in Richtung Oberbalm aus und versorgt zum Teil auch die Gemeinde Neuenegg. Mittelfristig ist damit unsere Unabhängigkeit gewahrt.

Zu Christian Roth: Künftig werden wir uns verpflichten müssen, überschüssiges Wasser aus der überregionalen Grundwasserfassung Selhofen, das wir durch die eher hohe Konzession erhalten, der Region zur Verfügung zu stellen.

Zu Hansueli Pestalozzi in Bezug auf die Kostenschätzung: Ich betone nochmals, dass der Wettbewerb in diesem Bereich spielt, weil sehr viele Anbieter vorhanden sind. Man kann sich aber überlegen, auch bei unbestrittenen Geschäften Kostenschätzungen aufgrund von Offerten vorzubereiten.

Ich bin froh, dass auch Sie dieses Geschäft als wichtig betrachten und danke für Ihre Unterstützung.

Beschluss

Für die Netzverbindung WV Köniz - WVRB in Wabern wird ein Kredit von CHF 435'000.00 zusätzlich allfälliger Teuerung zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 5550.501.4337 bewilligt.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

4. Wasserleitungersatz Spiegel, Weidli

Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe

Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub: Der Bericht und Antrag des Gemeinderats ist Ihnen mit den Sitzungsakten zugestellt worden. Nach dem GPK-Referenten folgen die Fraktions- und Einzelvoten und zum Schluss die Abstimmung.

An dieser Stelle informiere ich, dass Christoph Salzmann (SP) Miteigentümer in der Miteigentümergeinschaft Weidli ist. Er legt gemäss Art. 29 Abs. 4 der Gemeindeordnung seine Interessenbindung offen. Er wird kein Votum abgeben und sich freiwillig der Stimme enthalten. Bei der Behandlung des Geschäfts in der GPK ist er in den Ausstand getreten. Diese Ausstandspflicht gilt nicht für die Beratungen im Parlament.

GPK-Referent Andreas Lanz (BDP): Ich danke bestens für das Lob von Gemeinderätin Rita Haudenschild und halte hier fest, dass ich gerne Referent der GPK für die DUB war. Ich danke Gemeinderätin Rita Haudenschild und der DUB für die erspriessliche Zusammenarbeit.

Im vorherigen Geschäft berieten wir über die Herkunft des Wassers. Nun beraten wir darüber, wo es hinzufließen hat. In der Leitung der Wasserversorgung Spiegel, Weidli, sind in den letzten paar Jahren sieben Schäden passiert und deshalb soll sie ersetzt werden. Man kann sich fragen, weshalb eine erst 40-jährige Wasserleitung bereits wieder ersetzt werden muss, denn die Lebensdauer für solche Leitungen beträgt eigentlich 80 Jahre. Ich führe aus: In den Siebzigerjahren sind die so genannt duktilen Gussleitungen der zweiten Generation auf den Markt gekommen. Duktile Leitungen sind elastischer. Aufgrund der besseren Elastizität ging man damals von einer längeren Lebensdauer aus. Die Lieferanten dieser Leitungen haben erklärt, dass diese Leitungen ohne grosse Vorbereitungen in die Erde verlegt werden können. Hier wurde man nun eines Besseren belehrt. Die Leitungen zeigen bereits nach 40 Jahren Schäden auf – die Versprechungen der Röhrenhersteller trafen nicht zu – und müssen ersetzt werden.

Die Leitung wird neu nicht mehr als Ringleitung ausgeführt, sondern es werden zwei Stichleitungen realisiert. Die öffentliche Leitung befindet sich auf privaten Grund und die Frage stellt sich, weshalb. Grund für diese Lösung war die Platzierung der öffentlichen Hydranten. Wird eine Wasserleitung für den Löscheinsatz gebraucht, ist eine öffentliche Leitung zwingend. In Zusammenarbeit mit der Feuerwehr sind die Hydranten nun aber neu platziert worden und deshalb ist keine durchgehende öffentliche Leitung mehr notwendig. Die Stichleitungen haben den Vorteil, dass die Sanierung des Löschwasserschutzes 150'000 Franken günstiger durchgeführt werden kann als mit einer Ringleitung. Damit die Wasserversorgung für den Löschschutz der Einstellhalle gewährleistet werden kann, wird ein Teil der bestehenden Leitung zur Hausanschlussleitung umfunktioniert. Diese Leitung muss auch saniert werden, dazu genügt aber ein billigeres Kunststoffrohr. Die geschätzten Kosten belaufen sich auf 2'000 Franken. Die Gemeinde hat sich bereit erklärt, diesen Betrag – entgegen den üblichen Gepflogenheiten – zu übernehmen. Mit E-Mail vom 9. Februar 2012 wehrt sich der Vorstand der Grundeigentümergeinschaft gegen diese Lösung. Es wird verlangt, die Wasserleitung durchgehend mit einem Durchmesser von 125 Millimetern zu realisieren, damit keine Wartungskosten zu übernehmen sind. Ich zitiere Art. 25 aus der Verordnung Wasserversorgung: "Die privaten Anlagen sind auf Kosten der Wasserbezügerinnen und Wasserbezüger zu erstellen, zu unterhalten und zu er-

neuern und den veränderten rechtlichen und technischen Voraussetzungen anzupassen." Somit ist es zulässig, dass eine öffentliche Leitung keine Voraussetzung mehr ist. Im vorliegenden Fall haben die rechtlichen und technischen Voraussetzungen geändert. Es wäre Verhältnisblödsinn und Verschleuderung von öffentlichen Mitteln, die Sanierung durchgehend zu realisieren und anstelle von 2'000 Franken, 150'000 Franken dafür auszugeben. Die Gemeinde Köniz kommt den Grundeigentümern so weit entgegen, die Sanierungskosten für die privatisierte Leitung zu übernehmen. Trotzdem beharrt der Vorstand der Grundeigentümergeinschaft auf der Realisierung einer durchgehenden Leitung. Dies mit dem Hinweis, dass die künftigen Wartungskosten der privatisierten Leitung auf keinen Fall an die Grundeigentümer überwält werden dürfen. Die GPK ist nicht auf dieses Anliegen eingegangen und findet die vom Gemeinderat vorgeschlagene Lösung zweckmässig und auch für die Grundeigentümer zumutbar.

Zur Nachhaltigkeit: Es handelt sich nicht um ein Projekt der Legislaturplanung und es wurde kein Nachhaltigkeits- oder Prüfbericht erstellt. In einem früheren Projekt eines Wasserleitungsersatzes wurde eine solche jedoch erstellt und daraus geht hervor, dass die Nachhaltigkeit in solchen Projekten immer gegeben ist, insbesondere durch die Vermeidung von Wasser- und Energieverlusten und verminderter Bodenerosion.

Zu den Finanzen: Der beantragte Kredit beläuft sich auf 320'000 Franken. Im Kredit sind 40'000 Franken für die Vorfinanzierung der Arbeiten an den Hausanschlussleitungen vorgesehen. Diese Beträge kann die Gemeinde von den Grundeigentümern zurückfordern. Die Nettokosten werden somit geringer ausfallen.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 6 : 0 Stimmen, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): In den letzten Tagen habe ich noch einige Telefongespräche in Bezug auf die Wasserleitung geführt und möchte aus diesem Grund einige Präzisierungen zum Votum von GPK-Referent Andreas Lanz anbringen.

Zuerst zeige ich auf, um was es sich konkret handelt und weshalb man beim Bau der Siedlung – auf einem privaten Grundstück – eine Ringleitung mit demselben Durchmesser wie jenem für öffentliche Leitungen nahm. Das geschah aus pragmatischen Gründen: Auf öffentlichem wie auf privatem Grund wurden damals Leitungen mit demselben – für den öffentlichen Löschschutz notwendigen – Durchmesser verlegt, weil der Graben gerade offen war und der Löschschutz gewährleistet werden musste. Für die anstehende Sanierung ist der Boden nicht mehr offen wie damals beim Bau. Eine Grabenöffnung würde teuer zu stehen kommen und das ist der Grund, dass man sich Überlegungen für die Realisierung der beiden Stichleitungen gemacht hat. Der Löschschutz für das Weidli-Quartier ist nach wie vor zu gewähren, das führte Andreas Lanz aus und deshalb werden zu den Hydranten zwei öffentliche Stichleitungen mit dem vorgegebenen Durchmesser geführt. Zwischen den Hydranten muss weiterhin eine Wasserzuleitung bestehen. Weil aber auf dieser Strecke kein Löschschutz gewährleistet werden muss, kann hier von einer Leitung mit einem kleineren Durchmesser Gebrauch gemacht und mittels Inline-Verfahren eine kleinere Hausanschlussleitung mit einem Durchmesser von 40 Millimetern in die grosse Leitung verlegt werden. Das ist der Grund, weshalb dieser Teil der Leitung anstatt 150'000 Franken tatsächlich nur 2'000 Franken kostet. Dieser Teil der Leitung wird nicht mehr öffentlich sein, sondern privat. Die Wasserleitungen der Gemeinde Köniz werden in der Regel auf 80 Jahre abgeschrieben. Es bestehen jedoch gewisse Leitungsgenerationen, bei welchen dieses Alter nicht erreicht wird, andere können aber durchaus 100 Jahre bestehen. Wir gehen davon aus, dass in den nächsten Jahren kein Unterhalt für die sanierten Wasserleitungen notwendig ist. Aus diesem Grund rechnen wir mit einer Abschreibung von 80 Jahren.

Die Frage wurde gestellt, wie sich die von der Gemeinde Köniz vorfinanzierten 40'000 Franken zusammensetzen: In der Zwischenleitung¹ befinden sich 15 Hausanschlüsse. Das Umhängen der Leitungen – aufgraben und wieder schliessen – kostet pro Hausanschluss 1'500 Franken. 15 x 1'500 Franken ergeben 22'500 Franken. Ungefähr die Hälfte der Hausanschlüsse – das ist ein Erfahrungswert – will die Leitungen gleich noch sanieren lassen. Für die Sanierung muss mit ca. 2'000 – 2'200 Franken gerechnet werden, was schlussendlich die Summe von 40'000 Franken Vorfinanzierung ergibt. Es wurde noch gefragt, weshalb die Kosten für die Hausanschlüsse überhaupt bezahlt werden müssen. Ich wiederhole, dass wir uns dort auf Privatgrund befinden und alles was sich auf Privatgrund befindet, muss von Privaten bezahlt werden. Wäre die Ringleitung als öffentliche Leitung saniert worden, befände man sich trotzdem auf Privatgrund und das Umhängen zum Hausanschluss ist in jedem Fall geschuldet.

Wie geht es weiter, wenn man Rechtsmittel ergreifen will? Nach der Vorlage des Parlamentsbeschlusses, sofern dieser heute gefällt wird, wird das Baubewilligungsverfahren gemäss Was-

¹ An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Korrektur verlangt.

serversorgungsgesetz eingeleitet. Wir werden eine Leitungsüberbauungsordnung mit gleichzeitigem Baubewilligungsverfahren realisieren. Die Auflage wird ca. im Mai 2012 während 30 Tagen erfolgen und in dieser Frist ist es möglich, dass die Betroffenen Einsprache einreichen können. Je nachdem, ob Einsprachen erfolgen, kann sich der Baubeginn von anfangs Sommer auf nach den Sommerferien verschieben.

Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Niklaus Hofer (SVP): Ich vergleiche das vorliegende Geschäft mit einer Situation auf meinem Betrieb: Bin ich im Besitz einer Maschine oder Einrichtung, die innerhalb von 16 Jahren sieben Mal repariert werden muss, warte ich nicht so lange mit einem Ersatz in Form einer Neuanschaffung. Kein Parlamentsmitglied hat Schuld daran, dass die Wasserleitung im Weidli anstelle einer Lebensdauer von 80 Jahren nur eine solche von 40 Jahren hatte. Aus diesem Grund ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass die Wasserleitung so rasch als möglich zu ersetzen ist, damit die Anwohnerschaft nicht mehr mit Reparaturarbeiten belastigt wird. Anlass zu Diskussionen gab in der SVP-Fraktion das Ingenieur-Honorar, das 16 Prozent des Gesamtkredits ausmacht. Zählen wir dazu noch das Ingenieur-Honorar des vorhergehenden "Wassergeschäfts", macht dies zusammen rund 90'000 Franken aus. Ich frage den Gemeinderat, ob hier nicht Möglichkeiten für eine gemeindeinterne Lösung bestehen würden. Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zu.

Fraktionssprecher Christian Roth (SP): Wir beugen uns über ein Geschäft, das uns ,rein von der Zeitachse her, erst zu einem viel späteren Zeitpunkt vorliegen sollte. Die duktilen Gussleitungen im Weidli sind in den Jahren 1975 – 1982 eingebaut worden und sind somit noch nicht 40-jährig. Die durchschnittliche Lebensdauer solcher Leitungen sollte eigentlich 80 Jahre betragen. Die genauen Gründe für die Ursache des vorschnellen Ablebens dieser Leitungen liegen uns nicht vor. Aus heutiger Sicht haben unsachgemässe Verlegungsarbeiten stattgefunden. Beunruhigt fragte ich auf der Verwaltung nach, ob sich noch viele solche duktilen Gussleitungen auf Gemeindegebiet befinden. Ich habe in Erfahrung gebracht, dass drei Viertel aller Wasserleitungen aus genau dieser Art Leitungen bestehen. Zum Glück scheint aber nur ein Bruchteil von diesen Qualitätsmängeln betroffen zu sein. Zum einen sind offenbar nur während einer bestimmten Zeitspanne Leitungen wie im Weidli verlegt worden. Zum anderen weisen nicht alle duktilen Gussleitungen aus dieser Zeitperiode dieselben Macken auf. Die Sanierung ist notwendig, so ärgerlich der Zeitpunkt und die Baumängel auch sein mögen.

Die SP-Fraktion erachtet das vorliegende Geschäft als wohl durchdacht und zielführend. Es ist Aufgabe der Gemeinde, die Wasserversorgung in guter Qualität und doch kostengünstig sicherzustellen. Dabei muss insbesondere der Löschschutz beachtet werden. Alle Häuser und alle Hydranten müssen ausreichend mit Wasser versorgt werden. Dabei ist es sekundär, ob nun eine neue Ringleitung oder neu zwei Stichleitungen realisiert werden. Wichtig ist für die Gemeinde, kosteneffiziente Lösungen zu finden und mit den vorhandenen Mitteln sorgsam umzugehen. Das Sanierungsprojekt berücksichtigt die Vorgaben in geeigneter Weise. Zudem stellt die Gemeinde sicher, dass die Hausanschlussleitungen in saniertem Zustand an die Hauseigentümergemeinschaft Weidli übergeben werden.

Die SP-Fraktion wird dem vorliegenden Geschäft zustimmen.

Fraktionssprecher Urs Maibach (Grüne): In der Regel sind Vorlagen aus der DUB mit dem Thema Wasser und Abwasser absolut problemlose Geschäfte. Dem vorhergehenden Geschäft, dem wir zugestimmt haben, konnte die Fraktion der Grünen absolut überzeugt zustimmen.

Das vorliegende Geschäft, Wasserleitungersatz im Weidli, macht uns etwas mehr Mühe, da sich uns einige Fragen stellen. Zum Teil sind die Fragen bereits beantwortet, sei es in Voten selber oder durch Gemeinderätin Rita Haudenschild. Wir waren beispielsweise erstaunt, dass eine Wasserleitung – die in der Regel eine Lebensdauer von 80 Jahre haben – nach bereits 40 Jahren ersetzt werden soll. Auch ich stellte mir die Frage, wie viele solcher Leitungen in der Gemeinde Köniz noch vorhanden sind und was auf uns zukommen könnte. Christian Roth hat einiges bereits angetönt und vielleicht folgen vonseiten des Gemeinderats weitere Ergänzungen. Zum einen haben mich die E-Mails der Präsidentin der Miteigentümergeinschaft Weidli aufgeschreckt, zum anderen bin ich von Anwohnenden aus dem Weidli kontaktiert worden.

Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob es wirklich so einfach machbar ist, dass eine gemeindeeigene als Ringleitung geführte Leitung aufgetrennt wird und neu 70 Meter als private Hauszuleitung deklariert werden. Die Erschliessung der Liegenschaften wurde als öffentliche Ringleitung realisiert und alle Liegenschaftsbesitzer haben ihre Häuser unter diesen Bedingungen

erworben. Sie können davon ausgehen, dass die Umstände dieselben bleiben. Gemäss meinen Informationen werden die betroffenen Liegenschaftsbesitzer den Sachverhalt genau zu klären versuchen.

Die Fraktion der Grünen ist nicht der Ansicht, dass die vollständige Ringleitung weiter bestehen soll. Die Idee, in das bestehende Rohr eine kleinere Leitung zu verlegen, was grosse Kosten einspart, ist in unseren Augen eine ausgezeichnete Lösung. Die Frage ist, ob die Gemeinde – die bereit ist, die Erstellungskosten für die neue Hausanschlusslösung zu übernehmen – auch weiterhin die Verantwortung für die neue Leitung behalten will. Es würde sich nach wie vor um eine gemeindeeigene öffentliche Leitung handeln. Bezüglich der Erstellungskosten würde sich nichts ändern und bezüglich Unterhalt würden in den nächsten 80 Jahren keine Kosten folgen. Ich möchte vom Gemeinderat hören, ob dieser Weg, den Liegenschaftsbesitzern im Weidli entgegenzukommen, gangbar wäre.

Leider musste ich feststellen, dass die Information der Betroffenen ungenügend war. Die Gemeinde informierte zwar den Ausschuss der Miteigentümergeinschaft Weidli, jedoch nicht die wirklich betroffenen Hauseigentümer. Gemäss Auskunft der Präsidentin Arn ist diese Information nicht Aufgabe der Miteigentümergeinschaft, da sie nicht weiss, wem welche Leitung genau zugeordnet wird. Es handelt sich um ein Kommunikationsproblem – wo immer das auch bestehen mag. Ich rege hier an, die Kommunikation zu intensivieren und die betroffenen Hauseigentümer entsprechend zu informieren.

Ein letzter und für mich wichtiger Punkt: In der Einstellhalle, die neu über die kleiner dimensionierte Hauszuleitung erschlossen ist, ist ein Feuerlöschposten mit einem Feuerwehrschauch eingerichtet. Die Frage stellt sich nun, ob die neue Hauszuleitung für den ordnungsgemässen Gebrauch des Löschpostens genügt oder ob hier nicht dieselbe Rohrdimension wie zu Hydranten vorhanden sein müsste. Ist dieser Löschposten der Gemeinde bekannt und die Erschliessung entsprechend abgeklärt?

Aufgrund der verschiedenen Fragen ist die Meinung in der Fraktion der Grünen geteilt. Grundsätzlich ist niemand gegen das Geschäft und wir werden die Beantwortung der Fragen abwarten, bevor wir einen Entscheid treffen.

Fraktionssprecherin Barbara Thür (GLP): Die CVP/EVP/GLP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats voll und ganz. Es ist in unseren Augen sinnvoll, dass eine Leitung nicht weiter als durchgängige Ringleitung konzipiert wird, sondern eine viel billigere Variante gewählt worden ist. Es zeigt uns, dass die Gemeinde Bemühungen anstellt, möglichst kostengünstig zu operieren, aber qualitativ keine erheblichen Einbussen entstehen.

Ein kleiner Kritikpunkt: Offensichtlich ist es der Gemeinde im Vorfeld zur Parlamentssitzung nicht gelungen, der Anwohnerschaft klar zu machen, dass es sich bei den privaten Beiträgen insgesamt um 2'000 Franken handelt und dass in den nächsten 40 bis 80 Jahren nicht mit hohen Folgekosten zu rechnen ist. Wichtig ist in unseren Augen aber, dass die Kommunikation im Vorfeld zu einer Parlamentssitzung zu erfolgen hat und nicht erst, wenn aufgrund der mangelhaften Kommunikation Unruhen entstehen.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Grundsätzlich danke ich für die gute Aufnahme auch dieses Geschäfts und für die Unterstützung.

Zu Niklaus Hofer in Bezug auf die von ihm monierten Ingenieur-Honorare: Die Gemeinde will im Vollzug und im Betrieb keine personellen Überkapazitäten schaffen. Lediglich für den alltäglichen Betrieb muss genügend Personal vorhanden sein. Grosse Projekte werden öffentlich ausgeschrieben und beim vorliegenden Geschäft handelt es sich um ein solches.. In den grossen Projekten ist deshalb immer auch ein Budgetposten für externe Aufträge enthalten.

Zu Christian Roth: Leider ist es so, dass in den Sechziger- und Siebzigerjahren ein Bauboom herrschte und deshalb viele solcher Leitungen vorhanden sind. Letztes Jahr zeigten wir Ihnen die Erneuerungsplanung des Wasserleitungsnetzes auf. Darin sind vier Prioritäten festgelegt. In der ersten Priorität stehen Sanierungen, die als erstes angegangen werden müssen, z. B. bei häufig auftretenden Schäden von Leitungen, die ihre Lebensdauer noch nicht erreicht haben, wie im Weidli. Die Leitungen die in den nächsten fünf Jahren in erster Priorität zu ersetzen sind, sind überschaubar und das kann über die normale Investitionsplanung erfolgen. Nach unserem besten Wissen und Gewissen kommen hier keine zu hohen Kosten auf uns zu.

Ich hoffe, damit die erste Frage von Urs Maibach gleich mitbeantwortet zu haben. Zu seiner zweiten Frage, ob die Gemeinde die Verantwortung für die Leitung weiter übernehmen wird: Wir übernehmen die Verantwortung der öffentlichen Leitungsnetze gerne. Im Privatgrund sind jedoch keine Werke öffentlich. Alle Leitungen auf privatem Hausgrund – Abwasser, Wasser, vielleicht Anstösser an eine Privatstrasse – sind nicht öffentlich, sondern in Privatbesitz. Würden wir diese Leitung, die sich auf privatem Grund befindet, weiterhin behalten, würde damit ein

Präjudiz geschaffen und es würde sich um eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen handeln. Die Gemeinde hat sich in dem Sinn kulant gezeigt, dass die Kosten von 2'000 Franken für den Einzug des neuen Rohrs in das bestehende übernommen werden. Diese Kosten werden normalerweise den Privaten übertragen.

In Bezug auf die Kommunikation: Üblicherweise informieren wir Liegenschaftsbesitzer über den Ersatz von Leitungen. Wenn zugleich der private Hausanschluss saniert werden könnte, informieren wir die Grundeigentümer persönlich. Solche Rückmeldungen hatten wir bis anhin nicht. Wir können uns jedoch überlegen, Zusatzschritte ins Vorgehen einzubauen. Wenn es die Miteigentümergeinschaft wünscht, werden wir an ihrer im Juni stattfindenden Hauptversammlung weiter informieren.

Der Feuerlöschposten in der Einstellhalle Weidli ist der Gemeinde Köniz bekannt. Es handelt sich jedoch um keinen öffentlichen Hydranten, der den Löschschutz für ein ganzes Quartier gewähren muss. Die Miteigentümerschaft gelangte vor ungefähr 5 Jahren mit dem Wunsch an die Gemeinde, den Wasserzähler, der den Feuerlöschposten bedient, zu reduzieren. Diesem Begehren ist nachgegangen worden und der Durchlauf ist reduziert. Vor der Erarbeitung des Projekts wurde in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr abgeklärt, ob der Durchmesser der neuen Leitung genügt und dem ist so.

Beschluss

Für den Wasserleitungsersatz im Ahornweg (Weidli) wird ein Kredit von insgesamt CHF 320'000.00 zuzüglich Teuerung bewilligt. Der Kredit von CHF 320'000.00 für den Ersatz der Wasserleitung geht zu Lasten der Investitionsrechnung Konto Nr. 5550.501.4364.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

5. 1110 Motion (BDP Köniz) "Ausreichende Parkierungsmöglichkeiten in der Umgebung des Schlossareals"

Beantwortung und Abschreibung; Direktion Planung und Verkehr
(verschoben von der Sitzung vom 20.1.2012)

Andreas Lanz (BDP): Ich danke dem Gemeinderat für die Übersicht über die Parkierungsmöglichkeiten rund um das Schlossareal. Wir sind sehr froh über die Zusage, dass die Parkplätze an der Muhlernstrasse erhalten bleiben sollen. Wesentlicher Auslöser für die Einreichung der Motion war die Planung in Bezug auf Tram Region Bern und die Gefahr, dass diese Parkplätze aufgehoben werden könnten. Nach der Antwort des Gemeinderats sehen wir keinen direkten Handlungsbedarf mehr, da die Parkierungsmöglichkeiten in nächster Nähe des Schlossareals erhalten bleiben.

Eine Anregung: Diese Parkplätze liegen sehr nahe beim Schlossareal und bieten sich deshalb ideal als Parkierungsmöglichkeit für behinderte Menschen an. Wir regen an, zwei solche Parkplätze zu realisieren.

Nörgeln ist nicht BDP-Stil. Wir wollen auch Geschäfte nicht unnötig in die Länge ziehen. Wir stimmen dem Antrag des Gemeinderats zu, den Vorstoss erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben. Wir werden die Planung im Schlossareal jedoch genau verfolgen und entsprechend Vorstösse einreichen, wenn dies uns nötig erscheint.

Neben den in der Übersicht aufgeführten Parkierungsmöglichkeiten bestehen in der Nähe des Schlossareals noch die beiden grossen Einstellhallen von Coop und Migros. Ich rege an, bei grösseren festlichen Aktivitäten auf dem Schlossareal Verhandlungen mit den Besitzern dieser Parkkapazitäten aufzunehmen.

Fraktionssprecher Christian Burren (parteilos): Die SVP-Fraktion kann sich vorstellen, die Motion nicht abzuschreiben. Wir gehen davon aus, dass nicht allem Versprochenen geglaubt werden kann. Wenn die Motionäre jedoch abschreiben wollen, sei ihr Wunsch unser Wille. Die SVP-Fraktion wird sich bei der Abschreibung jedoch der Stimme enthalten.

Fraktionssprecher Martin Graber (SP): Worin besteht der Mehrwert der vorliegenden Motion genau? Wenn man sucht, findet man ihn: So lange das Schwimmbad Weiermatt mit seinem grossen Parkplatz bestehen bleibt, werden genügend Parkierungsmöglichkeiten rund um das Schlossareal vorhanden sein. Und hier danke ich den Motionären, denn damit werden für die Badeanlage Weiermatt sicher weiterhin Mittel gesprochen.

Die Antwort des Gemeindetats macht jedoch klar, dass die Bewohner der ländlichen Gebiete – Oberscherli, Mittelhäusern, usw. – auf einfachem Weg mit dem öV an Anlässe im Schlossareal und wieder nach Hause gelangen können. Nach Mittelhäusern kommt man auch nach Mitternacht problemlos mit dem öV nach Hause, dies im Gegensatz ins eher städtische Wabern, in den Spiegel oder ins Wangental.

Zwei Ergänzungen zum Gemeinderat: Die Parkplätze beim Schwimmbad werden bei hohem Besucheraufkommen im Schlossareal wirklich auch benutzt. Allerdings ist die Beleuchtungssituation eher mangelhaft. Insbesondere findet man den Weg schlecht, wenn man ihn nicht kennt. Ausserdem fehlen bei der Auflistung der öV-Möglichkeiten die Moonliner 6 und 16.

Die SP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen und erklärt sich insbesondere mit der Abschreibung einverstanden.

Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne): Die Motion ist aus der Sicht der Grünen unnötig und wir lehnen sie deshalb ab. Wird sie trotzdem angenommen, werden wir der Abschreibung zustimmen.

Korrekt ist die Analyse, dass das Schlossareal vermehrt genutzt wird. Das begrüssen wir alle sicher. Falsch ist jedoch die Aussage und das zeigt der Bericht des Gemeinderats gut auf, dass nicht genügend Parkierungsmöglichkeiten vorhanden sind. In der Umgebung des Schlossareals bestehen 150 Parkplätze und etwas weiter weg bestehen nochmals 150. Mit 300 Parkplätzen können gleichzeitig mehrere Anlässe auf dem Schlossareal stattfinden. Für Anlässe im Rossstall genügen in der Regel 50 Parkplätze. Thomas Verdun hat zum Versuchsbetrieb der Busverbindung Schliern – Bütschliackerquartier festgehalten, dass er den Anwohnenden den Fussweg von 700 Metern nicht wegnehmen wolle, denn das sei ein Beitrag an die Volksgesundheit. Aus dieser Sicht darf angenommen werden, dass den Auto fahrenden 400 Meter Fussweg bis zum Schlossareal zumutbar sind. Falls man der Meinung ist, dass zu wenige Parkplätze vorhanden sind, wäre eine Lösungsfindung allerdings nicht einfach.

Unser Fazit: Aus heutiger Sicht sind genügend Parkplätze vorhanden. Wir werden die Motion ablehnen.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke für die mehrheitlich zustimmenden, aber auch für die kritischen Voten. Das Anliegen des Vorstosses ist verständlich und brachte den Gemeinderat dazu, Bilanz zu ziehen, wie viele Parkplätze rund ums Schlossareal überhaupt vorhanden sind. Das Resultat, dass genügend² Parkplätze vorhanden sind, verblüffte mich selber.

Zum Wunsch nach zwei Parkplätzen an der Muhlernstrasse für Menschen mit Behinderungen: Diese sind vorhanden, jedoch schlecht ersichtlich. Vielleicht kann mit einer besseren Kennzeichnung Abhilfe geschaffen werden. Zur Frage, ob die Einstellhallen von Coop und Migros bei Grossanlässen ausserhalb der Ladenöffnungszeiten benützt werden können: Da beim Coop der Zugang zur Einstellhalle über den Laden erfolgt, d. h. es besteht kein separater Einstellhallenzugang, kann sie der Öffentlichkeit ausserhalb der Ladenöffnungszeiten nicht zur Verfügung gestellt werden. Beim Migros wäre dies möglich, ein 24 Stunden-Betrieb käme jedoch sehr teuer zu stehen.

Ich danke für den Hinweis von Martin Graber, dass die Beleuchtung der Parkplätze beim Schwimmbad schlecht ist. Eine Überprüfung wird erfolgen. Im Internet sind die Parkierungsmöglichkeiten auf der Website des Kulturhofes ersichtlich. Eine Beschriftungsmöglichkeit kann auch hier geprüft werden. Richtig ist die Feststellung, dass in der Auflistung des öV die Moonliner vergessen worden sind. Verblüfft hat auch mich die Tatsache, dass die obere Gemeinde bis weit nach Mitternacht mit dem öV gut erreichbar ist.

Grossmehrheitlich ist die Meinung vorhanden, dass die Motion abgeschrieben werden kann. Das Schlossareal ist für MIV und öV gut erschlossen und es sind genügend Parkplätze vorhanden. Auch in der Planung zum Rappentöri ist es uns ein Anliegen, dass jene Parkplätze die verschwinden müssen, ersetzt werden und noch mehr hinzukommen werden. Im Zentrum von Köniz fehlen Einstellhallenplätze, die während 24 Stunden geöffnet bleiben und in diesem Bereich sind wir an der Planung.

Beschluss

Die Motion wird erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

² An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Korrektur verlangt.

Beschluss

Die Motion wird abgeschrieben.
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

6. 0918 Postulat (SP) "Hundert neue, günstige Wohnungen"

Abschreibung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Christoph Salzmann (SP): Das Problem bezahlbare Wohnungen gehört durchaus auf die politische Agenda der Gemeinde Köniz. Wer sein Ohr an die Bevölkerung hält und die öffentlichen Diskussionen über die Wohnungsnot in der Region, ja in der ganzen Schweiz verfolgt, wird dem zustimmen. Die SP-Fraktion wird der Abschreibung des Postulats trotzdem zustimmen, denn sie ist lernfähig. Das Ziel 100 Wohnungen in fünf Jahren ist zu hoch gesteckt. Wenn wir nun aber der Abschreibung zustimmen, sind wir nichtsdestotrotz der Meinung, dass das Thema bezahlbarer Wohnraum auf die Agenda unserer Gemeindepolitik gehört.

Wir haben durchaus kritische Anmerkungen zum Bericht des Gemeinderats. Wir vermissen darin die Beschreibung dessen, was er konkret unternommen hat. Stattdessen ist ein Unterton herauszuspüren, die ganze Sache sei a) kein Problem und b) neue Bauten sind sowieso teuer.

Zu a): Auf Seite 2 wird eine Reihe von angeblich günstigen Wohnungen aufgelistet, die im Dezember 2011 in der Gemeinde Köniz angeboten worden sind. Die Nachfrage ist jedoch nicht bekannt. Ist sie gleich hoch oder ist sie 10 Mal höher als das Angebot? Ich habe bewusst das Wort "angeblich" gewählt. Günstig sind diese Wohnungen vielleicht in Bezug auf irgendwelche andere teurere Angebote. Meine Recherchen haben jedoch ergeben, dass in Merkblättern zur Budgetberatung jeweils maximal ein Viertel des Einkommens für die Miete und übrige Wohnkosten eingesetzt wird. Somit darf eine Wohnung z. B. für Alleinerziehende mit zwei Kindern und einem Einkommen von 4'500 Franken nicht mehr als 1'150 Franken kosten. Für eine Familie mit 2 Kindern und einem Einkommen von 6'000 Franken, darf eine Wohnung somit nicht teurer als 1'500 Franken sein. Die Hälfte aller in der Schweiz ausbezahlen Löhne liegen unter 6'000 Franken. Vergleichen Sie diese Zahlen nun mit der im Bericht des Gemeinderats aufgeführten Liste. Wir wollen nicht bestreiten, dass ein Umzug vier Folgeumzüge auslösen kann. Ob am Schluss aber wirklich preisgünstige Wohnungen zur Verfügung stehen, möchten wir konkreter belegt haben. Wir hören nur von luxuriösen Altbausanierungen, mit welchen die bisherigen Mieter und Mieterinnen vertrieben werden.

Zu b), Neue Bauten sind teuer: Das Beispiel Oberfeld in Ostermündigen, unter Punkt 4 auf Seite 3, ist unseres Erachtens nicht gut. Hier handelt es nicht um günstigen Wohnraum, sondern die Architektur ist auf den Mittelstand ausgelegt und die Genossenschaft erhält den Boden alles andere als günstig. Das versicherte uns eine das Projekt begleitende Fachperson. In der Region bestehen sicher bessere Beispiele. Auch das fiktive Rechnungsbeispiel mit all den Zahlenspielerereien auf Seite 4 geht von einem hohen Niveau aus und zielt auf Verunsicherung ab. Im gemeinnützigen Wohnungsbau mit traditioneller Bauweise und ohne luxuriösen Ausbau können durchaus tiefere Mieten realisiert werden, haben uns Fachleute aus diesem Bereich versichert.

Wir können deshalb den Schlussfolgerungen des Gemeinderats nicht folgen. Bei der Behandlung des Postulats im November 2009 hat der Gemeinderat nicht den Himmel auf Erden versprochen, aber doch verschiedene Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Er hielt fest: "Der Gemeinderat ist jedoch bereit, das Anliegen vertieft zu prüfen und aus den aufgezeigten Lösungsmöglichkeiten eine umsetzbare Strategie zur Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus zu entwickeln." Davon ist im Bericht nichts ersichtlich.

Ich hoffe, dass der Gemeinderat sich nicht entmutigen lässt. Nur Beharrlichkeit führt zum Ziel.

Das Postulat ist leider unerfüllt abzuschreiben und die Lehren sind daraus zu ziehen. Was kann gelernt werden: Billig kann nicht gebaut werden, es gibt jedoch teures und weniger teures Bauen. Wir müssen den Blickwinkel von kurzfristig auf langfristig setzen, d. h. auf 15 bis 20 Jahre. Mietwohnungen, die der Spekulation entzogen sind, sind anfangs nicht billig, vielleicht aber je nach Ausbaustandard etwas günstiger als andere. In 15 bis 20 Jahren werden sie sicher günstiger sein. Wollen wir das erreichen, muss die Politik heute die Weichen stellen. Das hat auch die FDP Luzern bemerkt. Ich stelle der FDP-Fraktion Köniz eine entsprechende Pressemeldung zur Verfügung.

Fraktionssprecher Ronald Sonderegger (FDP): Die FDP-Fraktion wird der Abschreibung des Postulats einstimmig zustimmen.

Zuerst danke ich dem Gemeinderat im Namen der FDP-Fraktion für die gute Arbeit und die Abklärungen. Wir schliessen uns seiner Meinung an. Der Fünfer und das Weggli zusammen sind nicht erhältlich. Mit dem gewünschten günstigen Mietzins, in dem marktgerechte Standards enthalten sein sollen, würden gegenüber dem Baugewerbe Forderungen entstehen, die absolut nicht dem Willen der Gemeinde Köniz entsprechen. Der Druck auf die ausführenden Firmen, im schlechtesten Fall auf günstige Arbeitskräfte aus dem Ausland zurückgreifen zu müssen, würde damit gefördert. Dem Wunsch, die Gebäude im Minergie-P-eco-Standard zu erstellen, kann nur mit der Bereitstellung der nötigen Mittel entsprochen werden. Nicht die Quantität – wo Rabatte auf den Wohnungseinheiten locken würden –, sondern die Qualität muss im Vordergrund stehen. Das kann nur mit dem richtigen Preis erreicht werden. Der noble Wille, günstige Mietwohnungen zur Verfügung zu stellen, mag bei oberflächlicher Betrachtung verführerisch klingen, ist jedoch so nicht erhältlich. Es ist nicht Sache der Gemeinde Köniz, hier selber vorstellig zu werden. Das gehört aus der Sicht der FDP-Fraktion nicht in den Aufgabenbereich der Gemeinde und würde – entgegen der von uns geforderten Stabilisierungsvorgaben – mit Sicherheit Lust auf die Neuschaffung von Stellen machen. Das Ganze muss schliesslich unterhalten und begleitet werden.

Aus diesem Grund wird die FDP-Fraktion der Abschreibung des Postulats zustimmen.

Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne): Die Fraktion der Grünen stimmt der Antwort des Gemeinderats weitgehend zu, auch wenn uns die Hypothese der Umzugskaskade etwas gar gewagt erscheint. Sie ist jedoch nachvollziehbar.

In zwei Punkten erklären wir uns mit der Antwort des Gemeinderats nicht einverstanden: Auf Seite 4 steht, dass in Ostermundigen selbst bei einem Verzicht auf den Minergie-P-eco-Standard kaum mehr als 10 Prozent der Baukosten eingespart werden können. Wir sind der Meinung, dass bei einer guten Planung 5 Prozent mehr eingespart werden können. Die Nebenkosten für Wohnungen im Minergie-P-eco-Standard sind jedoch deutlich tiefer. Falls die Heizölpreise deutlich steigen sollten, werden die Nebenkosten von schlecht isolierten Altbauwohnungen sehr teuer und die neuen, gut isolierten, billiger.

Zu Seite 4, Möglichkeiten der Gemeinde: Hier geht es nicht darum, dass die Gemeinde Grundstücke verbilligt verkauft oder vergünstigt im Baurecht abgibt. Es geht darum, wem sie die Grundstücke abgibt. Die Erfahrung zeigt, dass Wohnbaugenossenschaften zwar nicht billiger bauen, die Wohnungen auf lange Frist aber billiger werden, weil aus den Mieten kein Gewinn gezogen werden muss. Das kommt der Gemeinde insgesamt zugute, weil sich mehr günstiger Wohnraum preisdämpfend auf den gesamten Mietmarkt auswirkt.

Wir fordern, dass die Gemeinde Grundstücke und Liegenschaften in Zukunft nur noch an nicht gewinnorientierte Organisationen verkauft oder im Baurecht abgibt. Weil diese Organisationen keinen Gewinn erzielen müssen, können sie mindestens so viel bezahlen wie gewinnorientierte Unternehmen.

Die Gemeinde Köniz muss jedes Jahr ungefähr 100 Wohnungen bauen, damit die Einwohnerzahl gehalten werden kann. Grund dafür: Der Einzelne beansprucht immer mehr Wohnfläche. Wenn die Gemeinde beim Verkauf oder der Abgabe im Baurecht von Grundstücken nicht nur darauf achtet, diese an nicht gewinnorientierte an Genossenschaften abzugeben, sondern an Organisationen die eine Mindestnutzung vorschreiben, kann sie auch diesem Trend entgegenwirken. Die Handlungsmöglichkeiten der Gemeinde sind grösser als im Bericht dargestellt. Die Fraktion der Grünen wird der Abschreibung zustimmen.

Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die ausführliche und korrekte Antwort auf das Postulat. Sie zeigt auf, dass in Köniz durchaus günstiger Wohnraum besteht und dieser auch auf den Markt kommt. Es handelt sich dabei um ältere Objekte mit einem tieferen Ausbaustandard. Mit den heutigen Baustandards und den gesetzlichen Vorschriften ist es nicht möglich, absolut günstigen Wohnraum in Neubauten zu erstellen, wie das Beispiel Oberfeld in Ostermundigen deutlich aufzeigt.

Zum politischen Aspekt des Geschäfts: Die nachhaltigste Art gemeindeeigenes Land abzugeben ist das Baurecht. Es sichert der Gemeinde über Jahrzehnte hinweg regelmässige Einnahmen. Die Baurechtszinse haben unserer Meinung nach marktgerecht zu sein. Die SVP-Fraktion lehnt vergünstigte Baurechtszinse aus folgenden Gründen entschieden ab: Die Wirkung auf die Mieten sind relativ klein. Von einem marktgerechten Baurechtszins profitieren alle 39'000 Gemeindebürger über Jahrzehnte hinweg. Die erzielten Einnahmen entlasten die Gemeinderechnung nachhaltig. Ob auch wirklich jene die es nötig haben, die günstigen Wohnungen mieten können, sei dahingestellt.

Mit der erneuten Aufnahme der Forderung nach der Förderung von günstigem Wohnraum ergeben sich einige Widersprüche. Ich denke hier an die Gemeindefinanzen, an das Entlastungs-

paket, an die Energiestrategie und an die Energiestadt, an das planerische Qualitätsniveau und auch an die SP-Motion 0812 "Begrenzung der Bauzonenfläche auf dem aktuellen Stand". Die SVP-Fraktion wird der Abschreibung des Postulats zustimmen.

Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP): Die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat zu diesem Thema ein ganzes Spektrum an Fragen: Ich frage Sie, ob Sie in Wollerau (SZ) wohnen wollen, wo es für jene die nicht viel verdienen ein grosses Problem ist, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Oder möchten Sie lieber in Neuendorf (SO)³ wohnen, wo der Wohnraum an und für sich günstig ist, die Gemeinde aber ein Problem mit der hohen Anzahl Sozialfälle hat. Aus dieser Sicht befindet sich die Gemeinde Köniz in einer doch ausgeglichenen Situation und kann sich überlegen, welche Art der Bevölkerungsentwicklung sie wie vornehmen will. Wir müssen darauf achten, eine ausgewogene "Bevölkerungsdemografie" zu erreichen.

Wären die entsprechenden Mittel vorhanden, könnte damit eine Wohnbaugenossenschaft gegründet und die 100 gewünschten Wohnungen realisiert werden. Das ist jedoch nicht der Fall. Welche Elemente können realisiert werden? Man kann versuchen, Genossenschaften zu unterstützen. Mein Beitrag ist: Augen auf bei der Wahl der Wettbewerbsjurys. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, denn diese stellen in einem Projekt die Weichen sehr früh. Entscheidend ist, ob eine Jury gewählt wird, die sich gerne künstlerisch ausdrückt und schöne Sachen auswählt oder eine, die auf günstiges Bauen achtet.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird der Abschreibung der Motion zustimmen.

Fraktionssprecher Ueli Witschi (BDP): Die BDP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats folgen und der Abschreibung des Postulats zustimmen.

Wir würdigen zwar das soziale Anliegen, die Zielführung ist jedoch unklar. Begründet werden könnte ein solches Vorhaben unserer Ansicht nach nur durch die Bedarfsnachfrage. Aussagen dazu sind im Postulat nicht explizit verlangt worden, hätten jedoch in die Antwort des Gemeinderats einfließen können.

Zum Verständnis unserer Haltung einige Bemerkungen zur Position der BDP-Fraktion: Wir unterscheiden zwischen sozialem, genossenschaftlichem und Wohnungsbau auf dem freien Markt. Der soziale Wohnungsbau gehört in einem bedarfsgerechten Umfang zu den Aufgaben einer Gemeinde. Weil hier jedoch öffentliche Mittel eingesetzt werden, ist durch entsprechende Kontrollen sicher zu stellen, dass die richtigen Personen davon profitieren. Die Förderung von genossenschaftlichem Wohnungsbau mit dem Ziel einer guten Durchmischung der Könizer Bevölkerung ist durchaus sinnvoll und zu unterstützen. Damit könnten Bürgerinnen und Bürger langfristig in der Gemeinde wohnhaft bleiben. Diese Förderung hat jedoch in erster Linie über planerische Massnahmen zu erfolgen und nicht über ein finanzielles Engagement, so z. B. über die Reservierung eines gewissen Flächenanteils für genossenschaftlichen Wohnungsbau. Der Rest soll auf dem freien Markt passieren.

Bezahlbarer Wohnraum für alle sozialen Schichten in unserer Gemeinde ist auch der BDP-Fraktion ein Anliegen. Es muss jedoch darauf geachtet werden, klare und griffige Strategien umzusetzen, damit die Kosten transparent und die Wirkung der Massnahmen sichergestellt sind.

Christian Roth (SP): Ich möchte in Punkt 5 auf Seite 4 den Satz: "Der deutliche Einnahmenverzicht der Gemeinde wirkt sich vergleichsweise bescheiden auf die Wohnungsmiete der Neubauwohnung aus", nicht so stehen lassen. Ob ein Baurechtszins verlangt wird oder nicht, wird eine politische Entscheidung bei der Beratung des Vorstosses 1109 "Köniz nachhaltig: Günstigen Wohnraum schaffen dank gemeinnützigen Wohnbaubeiträgen" sein. Der Baurechtszins kann matchentscheidend sein. Betrachtet man die Zahlen des im Bericht des Gemeinderat aufgeführten Vergleichsobjekts Oberfeld in Ostermündigen, muss man feststellen: Wird der Baurechtszins um 12,5 Prozent reduziert, kann die Miete um 12,5 Prozent reduziert werden. Das kann bei einer Wohnung schnell einmal 250 bis 300 Franken ausmachen und das ist nicht mehr eine "bescheidene Wirkung auf die Mieten". Wir dürfen diesen Punkt nicht ausblenden.

Anlässlich meiner Recherchen habe ich festgestellt, dass andere Gemeinden in diesem Bereich enorm vorwärtskommen. Es ist sehr spannend zu sehen, was in Zürich passiert. Dort ist offenbar im November 2011 beschlossen worden, dass im Bereich des nicht gewinnorientierten Wohnungsbaus der Gemeinderat den Auftrag hat, den Anteil von bisher 25 Prozent auf 33 Prozent auszubauen. Der Druck ist in Zürich jedoch viel grösser und kann nicht mit unserer Gemeinde verglichen werden. Ich erinnere daran, dass auch wir in Köniz im Bereich des genossenschaftlichen Wohnungsbaus keine Greenhorns sind. In Punkt 5 wird auf die "Genossen-

³ An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Korrektur verlangt.

schaft Wohnraum Köniz" (GWK) hingewiesen, die im Besitz von 150 Wohnungen ist, die gemäss klaren Kriterien vermietet werden und allfällige Gewinne sofort in die Genossenschaft reinvestiert werden. Das müssen wir uns anlässlich der von mir bereits angesprochenen Diskussion rund um den Vorstoss 1109 vor Augen führen. Der Erhalt von günstigem Wohnraum wird uns in der Gemeinde Köniz zunehmend beschäftigen, weil Wohnraum und Boden knapp sind.

Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich danke dem Parlament für die Bereitschaft, der Abschreibung des Postulats zuzustimmen. Der Gemeinderat ist der Meinung, eine ausgeglichene Berichterstattung vorgenommen zu haben, die aufzeigt, dass in der Gemeinde Köniz günstiger Wohnraum vorhanden ist. Über die "Umzugskaskade" kann man diskutieren, mindestens aber ist darin ein Kern Wahrheit enthalten. Ich verzichte darauf, die Rechnungsfehler zu korrigieren, die hier im Zusammenhang mit der Reduktion der Nebenkosten oder dem Bau nach Minergie-P-eco, angestellt worden sind. Im April wird im Parlament der Vorstoss 1109 "Köniz nachhaltig: Günstigen Wohnraum schaffen dank gemeinnützigen Wohnbaubeiträgen" diskutiert. Ich freue mich nun aber darauf, all Ihre doch vielschichtigen Gedankengänge, die Sie hier angebracht haben, im Protokoll nachzulesen.

Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben.
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

7. 0921 Postulat (SP) "Organischen Abfall zur Energiegewinnung einsammeln?"

Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

Hugo Staub (SP): Ich danke dem Gemeinderat für die getroffenen Abklärungen und den Bericht. Wir sind der Meinung, dass das Anliegen des Postulats erfüllt worden ist und erklären uns mit der Abschreibung einverstanden.

Wir sind auch einverstanden, dass man – wie der Gemeinderat erklärt hat – in dieser Thematik am Ball bleibt und dass weiterverfolgt wird, was rund um die KEWU geschieht. Der Gemeinderat will die sehr dynamische Entwicklung in diesem Bereich verfolgen. Abfall ist ein bedeutender Rohstoff, und daraus kann viel gemacht werden. Ich rege an, dass man sich – in Abweichung zum Postulat – Gedanken darüber macht, anstelle einer flächendeckenden Sammlung vielleicht nur eine im dicht besiedelten Gebiet der Gemeinde Köniz durchzuführen, dies unter Umständen in Zusammenarbeit mit der Stadt Bern.

Die SP-Fraktion wird der Abschreibung des Postulats zustimmen. Wir wären bereits früher mit der Abschreibung des Postulats einverstanden gewesen und eine Abstimmung zu einem früheren Zeitpunkt wäre möglich gewesen. Die Antwort des Gemeinderats basiert auf einem Bericht vom Oktober 2009 und er wollte sich seine Meinung ursprünglich im 1. Quartal 2010 bilden.

Fraktionssprecherin Liz Fischli (Grüne): Wir danken dem Gemeinderat für die vertiefte Prüfung der Realisierung einer Biogasanlage. Die Fraktion der Grünen Köniz erachtet das Postulat auch als erfüllt und stimmt der Abschreibung zu.

Auch für uns ist es ein zentrales Anliegen, dass die Gemeinde Köniz wo immer möglich erneuerbare Alternativen für die Energieversorgung sucht und unabhängiger von fossilen Energien und von Atomenergie wird. Gemäss der verabschiedeten Energiestrategie sollen bis 2035 70 Prozent des Wärmebedarfs und 80 Prozent des Stroms mit erneuerbaren Energien gedeckt werden. Dafür sollen gemäss Massnahmenkatalog auch entsprechende Anlagen installiert werden. Biogasanlagen werden heute allseits als geeignetes Instrument für eine optimierte Nutzung des energetischen Potenzials betrachtet, das in den Grüngutabfällen steckt. Mit einer Biogasanlage oder einer Beteiligung an einer solchen könnte die Gemeinde Köniz einen wichtigen Schritt für mehr erneuerbare Energien tun. Auch der Kanton Bern unterstützt Vergärungsanlagen mit einem eigenen Förderprogramm. Dies, weil heute nachgewiesen ist, dass neben der Kompostierung die Vergärung gegenüber der Verbrennung deutliche ökologische Vorteile aufweist. Auch eine deutsche Studie aus dem Jahr 2010 kommt zum Schluss, dass sich vor allem Küchen- und Speiseabfälle für die Vergärung eignen; besonders dann wenn Biogas vor Ort verstromt wird und wenn die Anlage eine Kombination von Vergärung und Kompostierung mit anfallendem Gärgut vorsieht. Zu einem ähnlichen Resultat kommt auch das BAFU (Bundesamt für Umwelt) im Magazin "Umwelt" zum Thema "Rohstoffe auf Abfällen" aus dem Jahr 2009.

Wir müssen leider zur Kenntnis nehmen, dass in Bezug auf eine eigene Vergärungsanlage auf Könizer Boden die wirtschaftlichen und raumplanerischen Rahmenbedingungen noch nicht genügen. Einerseits sind die Kapazitäten für eine rentable gewerblich-industrielle Biogasanlage zu klein; andererseits setzen die eidgenössischen Vorgaben einer landwirtschaftlichen Biogasanlage enge Grenzen. Dass die KEWU für eine regionale Biogasanlage auf die Gemeinde Köniz zugekommen ist, begrünnen wir sehr. Es ist sicher grundsätzlich sinnvoll, für solche Aufgaben regional zusammenzuarbeiten. Dass es nun aber noch einige Jahre länger dauern wird, bis vielleicht eine kleinere Anlage geplant und realisiert werden kann, bedauern wir. Immerhin hält die KEWU an dieser Planung fest und das stimmt uns zuversichtlich. Wir begrünnen, dass die zuständige Verwaltungsabteilung die Entwicklung aktiv weiterverfolgt. Vielleicht erfahren wir etwas darüber, was der Begriff "aktiv" bedeutet.

Damit ist aber der politische Entscheid, ob in einer solchen Anlage auch Könizer Küchengrüngut und Speiseresten verwertet werden, hinausgeschoben. Mit der Studie wissen wir erst, was das, was die Gemeinde sammeln würde, kosten würde und dass es mehr kostet als heute mit den Grüngutgebühren abgedeckt ist. Immerhin kann Küchengrüngut ohne Speiseresten heute auf die bestehenden Kompostplätze gebracht werden. Leider – dessen bin ich ziemlich sicher – werden diese Abfälle heute zu einem grossen Teil in den normalen Abfall geworfen. Werden die Abfälle einer Biogasanlage zugeführt, wird Dünger aus diesen Abfällen gewonnen, der wieder an den Boden zurückgegeben werden kann. Die vielseitigen Abfallentsorgungs- und Verwertungsprozesse wandeln sich zurzeit gemäss BAFU zu einem systemischen Ressourcenmanagement. In Zukunft wird mehr und ganzheitlich geprüft werden müssen, welcher Abfall wie verwertet und genutzt werden soll. Man wird hinkommen zu einer ökologischen Kreislaufwirtschaft und einer höheren Wertschöpfung unter den Nachhaltigkeitsaspekten. Wir gehen davon aus, dass diese Themen in der Überarbeitung der Abfallstrategie 2012 zukunftsgerichtet angegangen werden und sind heute schon auf das Ergebnis gespannt. Sollte die KEWU trotz allem wieder von ihrer Planung für eine kleinere Biogasanlage abrücken, wären wir sehr froh, wenn trotzdem weiter nach Alternativen in der Region gesucht wird.

Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP): Anfangs der Neunzigerjahre haben die damaligen Jungfreisinnigen die Prüfung der Realisierung einer Biogasanlage gefordert. Schon damals zeigte sich, dass die Kosten für eine Grüngutzuführung zu hoch sind. In den letzten 20 Jahren hat sich jedoch viel getan und deshalb ist es sinnvoll, zum jetzigen Zeitpunkt eine Studie zu erarbeiten. Leider ist die Studie wiederum zum Schluss gekommen, dass die Kosten immer noch unverhältnismässig hoch sind. Weil sich aber in der Gemeinde Köniz die Feldrandkompostierung bewährt hat, steht die Gemeinde dennoch sehr gut da. Das Postulat ist aus der Sicht der FDP-Fraktion vollumfänglich erfüllt und wir werden der Abschreibung einstimmig zustimmen.

Es ist auch in unseren Augen gut, dass der Gemeinderat die Situation weiterhin überprüft und bei allfälligen neuen Sachverhalten wieder vorstellig wird.

Fraktionssprecherin Franziska Keller (BDP): Auch im Namen der BDP-Fraktion danke ich dem Gemeinderat und den entsprechenden Fachstellen für die sehr präzise und kurze Antwort. Zum Inhalt: Für all jene, die den Atomausstieg befürworten ist klar, dass jede Situation und jede Möglichkeit genutzt werden muss, Energie auf andere Art zu gewinnen. Da sind auch wir dabei. Eigentlich sind wir für Energiegewinnung aus Kompost, der Teufel liegt aber auch hier im Detail: Der Gemeinderat verspricht eine Abfallstrategie und die Erfahrung am Beispiel E-Government zeigt, dass man als Parlamentsmitglied nicht mitarbeiten darf. Wir werden diese Strategie per News-Meldung erhalten und sie dann genau prüfen können. Weil wir jedoch effizient arbeiten und der Verwaltung nicht viel Arbeit machen wollen, erlauben wir uns an dieser Stelle einiges zur zukünftigen Abfallstrategie festzuhalten: Im Bericht des Gemeinderats kommt klar zum Ausdruck, dass wir dieselbe Meinung haben. Erstens braucht es eine rentable Sammelstelle und zweitens muss die Energiebilanz stimmen. Wenn der Kompost 26 Kilometer nach Krauchthal transportiert werden muss, steckt leider sehr viel graue Energie drin. Offensichtlich sind hier die Fachstelle und der Gemeinderat zum gleichen Schluss gelangt und wir sind froh, wird weiterhin pragmatisch analysiert. Zur Abfallstrategie: Im Dezember 2011 stand in der "BZ" in einem Artikel, dass die Gemeinde Grosshöchstetten seit neuestem Milchpackungen sammeln will. Leider steckt auch hier der Teufel im Detail: Selbst wenn Sie sich das zu Herzen nehmen und die Milchpackungen auch in Köniz separat sammeln möchten: Dadurch kann scheinbar in der Abfallverbrennungsanlage ein Mangel entstehen und irgendwann ist der Abfall so gut selektioniert, dass fast nichts Brennbares mehr vorhanden ist. Damit eine Abfallverbrennungsanlage überhaupt noch funktioniert, müssen unter Umständen Rohstoffe wie Holz zugefügt werden. Dieser Komplexität sind wir uns bewusst und wir wollen das hier erwähnt haben. Zur Abfallsituation in

der Gemeinde Köniz: Wir weisen darauf hin und hätten dazu gerne Auskunft, dass immer wieder störende Abfallsituationen in den Wäldern und an der Aare anzutreffen sind. Sind auch diese Situationen Teil der Abfallstrategie?

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Wir befinden uns in diesem Bereich tatsächlich in einem sehr dynamischen Feld, diese Feststellung ist richtig. Das ist der Grund, weshalb wir mit der Antwort bis zur letzten Minute gewartet haben, Hugo Staub. Im Sommer 2011 war noch nicht ersichtlich, in welche Richtung die Verhandlungen und Überlegungen mit der KEWU gehen. Tatsächlich konnten wir feststellen, dass in Bern nicht alles so funktioniert wie vorgesehen und eine Beteiligung an der KEWU schwierig werden könnte. Uns war bewusst, dass die wichtigen Entscheide erst im Herbst 2011 gefällt werden. Die auf der letzten Seite des Berichts abgedruckte Pressemitteilung bewahrheitet sich und die Verzögerungen sind nun Tatsache. Wir bleiben aber dran.

Ich nehme die Anregung gerne entgegen, dass nicht flächendeckend in der ganzen Gemeinde Köniz Rüst- und Speiserestenabfall gesammelt werden soll, sondern vielleicht nur im städtischen Teil.

Zu Liz Fischli: Unsere Grüngutstrategie ist bis anhin sehr effizient und ökologisch gut. Die Bilanz des Kreislaufs mit der Feldrand- und Quartierkompostierung ist sehr gut. Die Verbrennung von Grüngut war in der Gemeinde Köniz noch nie Thema.

Franziska Keller hat richtig festgestellt, dass eine Biogasanlage ökologisch zwar effizient ist. Wenn aber die Wärme nicht genutzt werden kann, d. h. wenn sich keine Abnehmer in der Nähe befinden, kann eine solche Anlage nicht effizient betrieben werden. Der Transport des Grünguts ist entscheidend. Der Standort der KEWU wäre für die Bilanz knapp gut gewesen, d. h. es hätte nicht mehr Energie hineingesteckt werden müssen als wir daraus hätten ziehen können. Das Gleichgewicht des Ganzen ist sehr labil.

Zur Abfallstrategie: Wenn ich Franziska Keller richtig verstanden habe, handelt es sich bei der Sammlung von Milchpackungen um Kunststoff. Das hat sich die Gemeinde Köniz bereits überlegt. Das muss jedoch auf schweizerischer Ebene angepackt werden. Vielleicht können wir das noch bilateral besprechen. Die Verbrennungsanlagen haben in den letzten Jahrzehnten immer zu viel Abfall erhalten, weil viel Plastik hineingelangt, was die Verbrennungstemperaturen erhöht und das Grüngut – welches die Temperaturen senkt – anderweitig entsorgt wird.

Das Littering, das auch von Franziska Keller angesprochen wurde, ist ein grosses Thema der Abfallstrategie.

Sie rennen offene Türen ein. Ich habe grosses Interesse, dass das Grüngut der Gemeinde Köniz vergärt werden kann und wir bleiben am Ball.

Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

8. 0933 Postulat (jfk) "Glasfasernetz Köniz"

Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

Bernhard Bichsel (FDP): Bravo, Gemeinderat. Das Geschäft bereitet der FDP-Fraktion und mir sehr viel Freude. Vorbei sind die Zeiten als Bill Gates festhielt: "Das Internet ist doch nichts anderes als ein gigantischer Hype." Wie unrecht er doch anfangs der Neunzigerjahre hatte. IT und Internet sind wichtige Teile unseres Lebens geworden und kaum mehr wegzudenken. Wer sich mit der Technologieentwicklung befasst weiss, dass noch viel mehr auf uns zukommen wird. Dabei geht es nicht nur um die Unterhaltung, wie im Bericht des Gemeinderats suggeriert wird. Die Gesellschaft verändert sich und Themen wie Home-Office, Smart-Grid-Steuerung bei der Elektrizität, Videotelefonie, medizinische Beratung mittels Video, usw. werden in der nächsten Zeit stark zunehmen. Eine gute Infrastruktur ist wichtig für die wirtschaftliche Prosperität und die gesellschaftliche Entwicklung. Das Thema ist uns wichtig, so hat die FDP-Fraktion bereits in den Neunzigerjahren "Schulen ans Netz" gefordert. Auch hier in Bezug auf "Fibre-to-the-home" (FTTH) sind wir vorne dabei.

Die grosse Unterstützung im Parlament freut uns und wir sind froh, dass der Gemeinderat hier aktiv ist und in Zusammenarbeit mit der Swisscom ein gutes Resultat für die Könizer Bevölkerung erzielen konnte.

Das Postulat ist vollumfänglich erfüllt und die FDP-Fraktion stimmt der Abschreibung einstimmig zu. Wir geben dem Gemeinderat Folgendes mit auf den Weg. Bei der IT-Infrastruktur handelt es sich um einen Prozess und nicht um eine einmalige Aktion. Ich bitte den Gemeinderat auch hier am Ball zu bleiben.

Fraktionssprecher Heinz Nacht (SVP): Die SVP-Fraktion wird der Abschreibung des Postulats aus folgendem Grund nicht zustimmen: Uns ist klar, dass die Vernetzung mit FTTH sehr wichtig ist. Im sehr guten Bericht des Gemeinderats wird festgehalten, dass bis 2015 80 Prozent der Könizer Bevölkerung mit FTTH erschlossen sind. Das trifft aber nicht auf die ländlichen Gebiete der Gemeinde zu. Wir sind der Meinung, dass alle Einwohnenden der Gemeinde Köniz das Recht haben, möglichst schnell im Besitz eines solchen Anschlusses zu sein. Auch ist uns klar, dass die Gemeinde das nicht selber leisten kann. Sie kann aber die beiden Gesellschaften, welche FTTH-Anschlüsse anbieten dahingehend beeinflussen, vorwärts zu machen.

Fraktionssprecher Ruedi Lüthi (SP): Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass der Gemeinderat den Auftrag gemäss Vorstoss erfüllt hat. Die gewünschten Gespräche mit den möglichen Netzbetreibern und Dienstleistern wurden geführt und die Lösungen sind aufgezeigt. Besten Dank an den Gemeinderat und an die beteiligten Mitarbeitenden.

Auch die SP-Fraktion ist in einigen Punkten der Meinung, dass diese noch nicht erfüllt sind. Bis 2015 sollen 80 Prozent der Könizer Bevölkerung mit FTTH erschlossen sein, d. h. 20 Prozent sind noch nicht erschlossen. Bis zu welchem Zeitpunkt auch diese 20 Prozent erschlossen sein sollen, dafür ist kein verbindlicher Zeitplan vorhanden. Da die Gemeinde nicht selber Netzbetreiberin ist, sollte unbedingt ein verbindlicher Zeitplan angestrebt werden. Zurzeit ist z. B. für grössere Ortsteile im ländlichen Gebiet der Gemeinde, wie Niederscherli oder Oberwangen, kein Glasfaseranschluss geplant. Es sind nur VDSL-Lösungen vorgesehen. Diese VDSL-Lösung bezeichnete der Gemeinderat in der Antwort zum Postulat im Dezember 2009 als mögliche Übergangslösung. Nun aber soll sie für einen grossen Teil der Bevölkerung eine definitive Lösung sein. Wir bitten den Gemeinderat, weiterhin am Ball zu bleiben und eine flächendeckende FTTH-Lösung für die gesamte Bevölkerung der Gemeinde Köniz anzustreben.

Die SP-Fraktion wird der Abschreibung des Postulats zwar mehrheitlich zustimmen, bittet den Gemeinderat aber, weiter am Ball zu bleiben.

Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne): Für die Fraktion der Grünen ist der Anschluss ans Glasfasernetz für die Entwicklung der Gemeinde Köniz sehr wichtig. Für Firmen wie Meteotest – mein Arbeitgeber –, die einen hohen Datendurchfluss haben, ist ein Glasfaseranschluss heute notwendig. Der Glasfaseranschluss kann für Firmen ein Grund sein, sich in einer Gemeinde niederzulassen. Wir stimmen mit dem Gemeinderat überein, dass der Glasfaseranschluss nicht Gemeindeaufgabe ist und die bestehende Organisation gut ist. Uns stört aber auch, dass sich FTTH auf den unteren Teil der Gemeinde konzentriert und der obere Teil aussen vorgelassen wird. Für uns ist zentral, dass die Gemeinde mindestens auf der Achse nach Schwarzenburg bei den Anbietern Druck macht, auch hier FTTH möglichst schnell einzurichten.

Die Fraktion der Grünen wird trotz diesem Kritikpunkt der Abschreibung des Postulats einstimmig zustimmen.

Hermann Gysel (EVP): Ich gebe hier bekannt, dass die Swisscom mein Arbeitgeber ist.

Mit dem Ausdruck "80 Prozent der Bevölkerung" sagt die Swisscom, dass 80 Prozent der Haushalte einen Glasfaseranschluss erhalten. Mit dem Ausdruck "95 Prozent" meint die upc-Cablecom, dass ihr Netz zu 95 Prozent aus Glasfaser besteht und der Rest aus Kupferkabeln. Die upc-Cablecom geht mit Glasfaserkabeln ins Quartier hinein, der Hausanschluss erfolgt mittels einem Koaxialkabel.

Ich weise darauf hin, dass eine starke technologische Entwicklung vorhanden ist, sogar noch bei VDSL. Man versucht heute zunehmend, eine hohe Datenrate über eine möglichst kurze Distanz des Kupferanschlusses zu bringen. Das wird auch für die Bewohner der oberen Gemeinde interessant.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Auch mit diesem von Ihnen angebrachten Anliegen befinden wir uns in einem dynamischen Feld. Ich habe hier die aktualisierte Rollout-Planung vom Herbst 2011. Fast alles, was in der Antwort des Gemeinderats enthalten ist, wurde bereits wieder über den Haufen geworfen. Alles geschieht schneller und es passiert immer mehr. Hermann Gysel hat vorhin festgehalten, dass unterschieden werden muss, ob der Glasfaseranschluss wirklich in die Wohnung gelangt (FTTH) oder ob der Anschluss nur bis zum Verteilkasten gelangt (FTTC, Fibre to the curb). Auch hier wird ein weiterer Ausbau folgen. Vom

Gesetz her müssen die Anbieter bis ins ländliche Gebiet hinein Glasfaser anbieten können. Ich bitte Sie, die bei mir vorliegende Rollout-Planung einzusehen.

Ich danke Bernhard Bichsel für sein Votum. Der Gemeinderat wird am Ball bleiben. Aber und hier muss ich auf Heinz Nacht, Ruedi Lüthi und Jan Remund eingehen: Wir können den Firmen – sei es die Swisscom oder die upc-Cablecom – nicht diktieren, was sie zu tun haben. Hier bestehen viele ökonomische Überlegungen. Es braucht eine gewisse Siedlungsdichte, damit sich die Investitionen überhaupt lohnen. Klar ist, dass wir weiter lobbyieren und dafür sorgen wollen, dass die Könizer Bevölkerung auch im ländlichen Gebiet bestens erschlossen ist.

Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

9. Verschiedenes

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Aufgrund der tiefen Temperaturen passierten übers letzte Wochenende viele Wasserleitungsbrüche. Das passiert vor allem bei den Graugussleitungen aus der Vor- und Nachkriegszeit. Der gefrorene Boden erhöht den Druck auf diese Leitungen. Unsere Monteure sind fast Tag und Nacht unterwegs. Weil auch private Firmen voll ausgelastet sind, können deren Monteure keine Abhilfe schaffen. Aus diesem Grund bitte ich Sie, dafür Verständnis zu haben und den Betroffenen die Gründe für die Engpässe weiterzuleiten.

Die Premiere "Eislauf auf dem gefrorenen Teich im Park Liebefeld" war wunderbar und gelungen. Ich hoffe, dass Sie dieses Vergnügen auch geniessen konnten. Heute beträgt die Eisdecke 22 cm. Wir halten die Eisfläche sicher bis am Mittwoch offen.

Stefan Lehmann (SVP): Am 23. August 2010 debattierte das Parlament letztmals über die Schiessanlage Platten, d. h. vor gut eineinhalb Jahren. Damals wurde das Postulat 1004 "Zukunft des Schiesswesens in der Gemeinde Köniz" beraten. Gemeinderat Urs Wilk hielt damals fest: "An sich ist das Postulat überflüssig, weil das Geschäft in Bezug auf die Sanierung der stillgelegten Schiessanlagen, die bis Ende 2011 saniert sein müssen, vor Ablauf der Erfüllungsfrist erneut vor das Parlament gelangen wird. Auch der Kugelfang der Schiessanlage Platten muss bis Ende 2012 saniert sein. Der entsprechende Kredit wird demnach vor der Beantwortung des vorliegenden Vorstosses im Parlament beraten. Aufgrund der Kreditvorlage werden Sie im Besitz der gewünschten Zahlen und Fakten sein." Kann der Gemeinderat mitteilen, wann dieses Geschäft dem Parlament mit den entsprechenden Fakten vorgelegt wird? Die Sanierung des Kugelfangs muss bis Ende 2012 realisiert sein, die Sanierung der stillgelegten Schiessanlagen eigentlich Ende 2011. Die Schützenvereine sind nach wie vor im Ungewissen und befinden sich weiter in einem vertragslosen Zustand. Schiessanlagen sind offenbar sehr heisse Kartoffeln; entweder bleiben sie unter Verschluss oder sie werden schnell weitergereicht und das seit 10 Jahren.

Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Das Geschäft Schiessanlage Platten wird dem Parlament im Frühling 2012 vorgelegt. Zu den stillgelegten Schiessanlagen äussert sich Gemeinderätin Rita Haudenschild.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): In der Gemeinde Köniz befinden sich zwei stillgelegte Schiessanlagen, die zu sanieren sind: Eine befindet sich in Thörishaus in einer Schutzzone und diese muss für die Konzessionserneuerung der Sensematt saniert werden. Das Bauge such ist publiziert und wenn keine Einsprache erfolgt, wird die Sanierung im März/April 2012 realisiert, damit der Landwirt den Boden im Mai wieder bewirtschaften kann. Für die zweite Schiessanlage in Gasel sind im Investitionsplan 2013 Mittel für die Sanierung eingestellt.

Zur Sanierung der Kugelfänge in der Schiessanlage Platten: Will man die Schiessanlage weiterhin benutzen, müssen die Kugelfänge saniert werden. Das wird an die Hand genommen, wenn der Entscheid über die Zukunft der Schiessanlage Platten gefällt ist.

Martin Graber (SP): Ich danke Stefan Lehmann für die Frage zu einem Thema, das auch mir unter den "Nägeln brennt". An der Sitzung vom 14. November 2011 hat uns Gemeinderat Urs Wilk schlechte Nachrichten überbracht: Das Postulat 0931 "Impulse geben. Konkrete Klimapoli-

tik für Köniz", kann nicht fristgerecht – die Erfüllungsfrist lautet auf 7. Dezember 2011 – erfüllt werden. Es geht darum, dass die Gemeinde Köniz Gebäude, die eine ungenügende Energieeffizienz ausweisen, energetisch sanieren soll. Ein Vorstoss mit sehr ähnlicher Stossrichtung ist in der Stadt Bern eingereicht worden und der Einreicher des Vorstosses erklärte sich mit der Antwort des Gemeinderats Bern sehr unzufrieden. Gemeinderat Urs Wilk teilte damals mit, der Vorstoss werde für die Februar-Sitzung traktandiert. Seither war nichts mehr zu hören und das darf nicht sein. Wir Parlamentsmitglieder gehen davon aus, dass Fristen eingehalten werden und wir, wenn dies nicht der Fall ist, zumindest darüber informiert werden.

Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich habe im Dezember 2011 versprochen, den von Martin Graber angesprochenen Vorstoss gleichzeitig mit dem Postulat 0918 "Hundert neue, günstige Wohnungen" vorzulegen. Ich habe die beiden Geschäfte dem Gemeinderat gleichzeitig vorgelegt. Der zweite Vorstoss wurde vom Gemeinderat zur Überarbeitung an die entsprechende Stelle zurückgeschickt. Da die vom Gemeinderat verlangte Überarbeitung aufwändig ist, reichte die Zeit nicht. Ich entschuldige mich, Sie nicht zu Beginn der Sitzung darüber informiert zu haben.

Bernhard Zaugg (EVP): Zuerst einmal danke für die warme Aufnahme ins Parlament. Hermann Gysel hat in seinem Votum in Bezug auf das Glasfasernetz vorhin etwas Wichtiges vergessen: Ich zeige Ihnen hier ein Glasfaserkabel. Bei der so genannten "Greenbox" handelt es sich nicht um eine "Blackbox", nichtsdestotrotz haben wir nicht herausgefunden, was sie eigentlich ist. Wer mir an der nächsten Sitzung erklären kann, was die Greenbox ist, dem spendiere ich einen Kaffee.

Parlamentspräsidentin Annemarie Berlinger-Staub: Mit dem Parlamentsversand haben Sie eine Adressliste der Parlamentsmitglieder erhalten. Ich bitte Sie, Ihre Angaben zu kontrollieren und allfällige Änderungen an die Parlamentssekretärin Verena Remund zu melden. Eine korrigierte Version wird dem übernächsten Versand beigelegt.

Auf Ihren Pulten liegt die Einladung für den bereits angekündigten Besuch des Stadtrats von Bern. Ihre Anmeldungen richten Sie bitte an die Parlamentssekretärin Verena Remund. Die nächste Sitzung findet am 19. März 2012 statt.

Im Namen des Parlaments

Annemarie Berlinger-Staub
Parlamentspräsidentin

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament